

Wirtschaft einfach erklärt

Die Schuldenbremse

Die sogenannte Schuldenbremse ist ein finanzpolitisches Instrument, das darauf abzielt, die Verschuldung eines Staates zu begrenzen und somit eine ökonomisch nachhaltige Haushaltsführung zu gewährleisten. Sie wurde in Deutschland im Rahmen der Föderalismusreform II im Jahr 2009 eingeführt und ist im Grundgesetz verankert (d.h. sie kann nur mit einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit von Bundestag und Bundesrat verändert werden). Das Konzept der Schuldenbremse zielt darauf ab, die strukturelle Neuverschuldung des Bundes und der Länder zu minimieren, um langfristig eine solide finanzielle Basis für den Staat sicherzustellen und die Staatsverschuldung in einem tragfähigen Rahmen zu halten.

Die Grundzüge der Schuldenbremse

1. Für den Bund: Die Schuldenbremse erlaubt dem Bund nur eine sehr begrenzte Neuverschuldung, die im Normalfall maximal 0,35% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen darf. Diese Grenze bezieht sich auf die sogenannte strukturelle Neuverschuldung, also die Neuverschuldung, die nicht konjunkturbedingt ist.
- 2.
3. Für die Länder: Für die Bundesländer gilt eine noch strengere Regelung. Sie sind seit dem Jahr 2020 grundsätzlich dazu verpflichtet, ausgeglichene Haushalte ohne strukturelle Neuverschuldung aufzustellen. Das bedeutet, dass die Länder ihre Ausgaben im Normalfall nur aus den laufenden Einnahmen finanzieren dürfen. Man verwendet dafür auch den Begriff der "schwarzen Null", der vom ehemaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble geprägt wurde.

Ausnahmen und Flexibilität

Die Schuldenbremse ist jedoch nicht absolut starr; sie erlaubt unter bestimmten Bedingungen Ausnahmen:

1. Konjunkturelle Schwankungen: In wirtschaftlichen Abschwungphasen kann der Staat mehr Schulden aufnehmen, um durch zusätzliche Ausgaben die Wirtschaft zu stabilisieren. In Aufschwungphasen ist er hingegen verpflichtet, die Neuverschuldung zu reduzieren und ggf. Haushaltsüberschüsse zur Schuldentilgung zu nutzen.
- 2.
3. Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen: In Fällen schwerer Naturkatastrophen oder außergewöhnlicher Notsituationen, wie etwa Pandemien, kann die Schuldenbremse vorübergehend ausgesetzt werden. Dies war beispielsweise während der Covid-19-Pandemie der Fall, als erhebliche zusätzliche Staatsausgaben notwendig wurden, um die wirtschaftlichen Folgen zu bewältigen.

Wirtschaftswissenschaftliche Beurteilung

Die Schuldenbremse, die seit 2009 im Grundgesetz verankert ist, sorgt in Deutschland für eine lebhafte und teils kontroverse Debatte. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht gibt es sowohl Pro- als auch Kontra-Argumente, die in der aktuellen Diskussion besonders relevant sind.

- **Pro-Argumente:** Befürworter der Schuldenbremse sehen sie als zentrales Instrument, um die Staatsverschuldung zu kontrollieren und sicherzustellen, dass zukünftige Generationen nicht durch übermäßige Schuldenlasten belastet werden. Die Schuldenbremse fördert die Haushaltsdisziplin, was wiederum das Vertrauen in die finanzielle Stabilität Deutschlands stärkt. Dies kann die Zinskosten für Staatsschulden senken, da Investoren weniger Risikoaufschläge fordern, was den Staatshaushalt entlastet. Durch die Einhaltung der Schuldenbremse bleibt der Staat langfristig finanziell handlungsfähig und verhindert eine Überraschung, die in Krisenzeiten die fiskalische Flexibilität gefährden könnte.
- **Contra-Argumente:** Kritiker der Schuldenbremse argumentieren, dass sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die fiskalische Handlungsfähigkeit des Staates einschränken. In Phasen eines konjunkturellen Abschwungs könnte die starre Regelung der Schuldenbremse dazu führen, dass notwendige Investitionen unterbleiben. Dies könnte die Erholung der Wirtschaft verzögern oder gar verhindern, insbesondere wenn der Staat nicht in der Lage ist, durch Konjunkturprogramme und gezielte Investitionen die Nachfrage zu stützen. Ein zentrales Argument der Kritiker ist, dass die Schuldenbremse die staatlichen Ausgaben in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und schwacher Konjunktur einschränkt, was kontraproduktiv sein kann. Beispielsweise könnte der Staat in wirtschaftlich schwierigen Phasen gezwungen sein, Ausgaben zu kürzen oder Steuern zu erhöhen, was die Wirtschaft weiter schwächt und eine Rezession vertiefen könnte. Zudem werfen die Kritiker der Schuldenbremse den Befürwortern vor, dass durch die Regel zwar klassische Schulden für künftige Generationen niedriger ausfallen, dafür allerdings Investitionsschulden in Form von maroden Straßen, Brücken, Schulen usw. anfallen.

Aktuelle Diskussion

Die Debatte um die Schuldenbremse hat durch die jüngsten wirtschaftlichen Herausforderungen, wie die Covid-19-Pandemie und den Ukraine-Konflikt, an Schärfe gewonnen. Befürworter einer Reform oder Lockerung der Schuldenbremse betonen, dass der Staat mehr finanziellen Spielraum braucht, um auf außergewöhnliche Krisen reagieren zu können. Einige schlagen vor, die Schuldenbremse dahingehend anzupassen, dass Investitionen in zukunftsweisende Projekte, wie den Klimaschutz oder die Digitalisierung, nicht als schuldenfinanziert betrachtet werden sollten, sondern als langfristige Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Dies wird auch als "goldene Regel" bezeichnet.

Politisch gibt es deshalb eine wachsende Bewegung, die fordert, die Schuldenbremse flexibler zu gestalten oder sie in ihrer aktuellen Form abzuschaffen. Die FDP und Teile der CDU/CSU verteidigen die Schuldenbremse als unverzichtbares Instrument zur Sicherung der Stabilität der öffentlichen Finanzen. Auf der anderen Seite plädieren die Grünen, die SPD und Teile der Linken für eine Lockerung oder Anpassung, um den Staat handlungsfähiger zu machen und notwendige Investitionen nicht zu gefährden. Politische Beobachter sind sich allerdings weitestgehend einig, dass in der nächsten Legislaturperiode eine Reform der Schuldenbremse unausweichlich ist, um einen Haushalt aufstellen zu können, der von einer möglichen Koalition mitgetragen wird.

Fazit

Die Schuldenbremse stellt einen Balanceakt zwischen der Haushaltsdisziplin und wirtschaftlicher Flexibilität dar. Während sie einerseits die Staatsverschuldung eindämmen soll, muss sie andererseits flexibel genug sein, um auf unvorhergesehene wirtschaftliche Herausforderungen adäquat reagieren zu können. Ihre Wirksamkeit und Angemessenheit hängen daher stark von der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Situation ab.

Wie bleibe ich Up-to-date?

Um keine weiteren Events zu verpassen und regelmäßigen Input zu Wirtschaftsthemen zu erhalten, folge uns auf [Instagram](#) (@youngeconomyclub), [LinkedIn](#) (Young Economy Club e.V.) und [abonniere unseren Newsletter](#).